



Presseinformation 738/09/2019

11.09.2019
Seite 1 von 2

Minister Laumann: „Minderjährige und ungeborene Kinder besser schützen“

Pressestelle Staatskanzlei
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134
0211 837-1405
oder 0211 837-1151

Landesregierung beschließt Bundesratsinitiative für ein Rauchverbot in Kraftfahrzeugen in Anwesenheit von Minderjährigen und Schwangeren

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

Die Landesregierung hat die Einbringung einer Gesetzesinitiative in den Bundesrat beschlossen, mit der das Rauchen in Kraftfahrzeugen verboten werden soll, wenn sich dort Minderjährige oder Schwangere aufhalten. Entsprechende Forderungen hatten zuvor auch die Gesundheitsministerkonferenz und der Landtag Nordrhein-Westfalen erhoben. Die Gesetzesinitiative wird voraussichtlich in der kommenden Woche am Freitag (20. September 2019) in der Sitzung des Bundesrates vorgestellt und anschließend in den zuständigen Ausschüssen beraten.

„Es ist unverantwortlich, wenn Menschen in Gegenwart von Kindern oder Schwangeren in Autos rauchen. Ungeborene Kinder und Minderjährige können sich hier nicht den Gefahren entziehen, die mit dem Passivrauchen einhergehen. Und die sind hinlänglich bekannt: Schädigungen der Lunge, erhöhtes Krebsrisiko und Wachstumsstörungen sind nur einige davon. Der Staat hat daher eine besondere Schutzpflicht gegenüber denjenigen, die sich nicht selbst schützen können. Darum brauchen wir ein Rauchverbot in Fahrzeugkabinen in Anwesenheit von Minderjährigen oder Schwangeren“, erklärt Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann.

Er weist zudem darauf hin, dass hier nur eine bundesweite Regelung greifen kann: „Es wäre wenig zielführend, wenn ich mich als Autofahrer zunächst mit 16 verschiedenen Gesetzen der Bundesländer auseinandersetzen muss, bevor ich mich mit meinem Auto über Ländergrenzen hinwegbewege.“ Im Übrigen gebe es bereits in vielen europäischen Ländern vergleichbare Rauchverbote, darunter zum Beispiel Österreich, Italien, Frankreich, England und Griechenland.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Telefon 0211 855-3118.

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung www.land.nrw

[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)